

rung der Situation an den Hochschulen anderer Bundesländer.

Trotz dieser großen Leistungen für unsere Hochschulen ist die Zahl der Studienbewerber stärker gestiegen als die Zahl der verfügbaren Studienplätze. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich aus diesem Grunde für eine möglichst gerechte Verteilung der Studienplätze in Fächern mit Zulassungsbeschränkungen eingesetzt.

Der 1973 vom Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen gebilligte Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen kann sicherlich nur eine Übergangslösung darstellen, die möglichst bald durch ein besseres Auswahlverfahren abgelöst werden sollte. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt daher die Initiative des Bundestages, die Frage des Hochschulzugangs im Hochschulrahmengesetz zu lösen. Eine zukünftige Regelung des Hochschulzugangs sollte neben Qualifikationsgesichtspunkten in stärkerem Umfang die soziale Situation eines Studienbewerbers und eine auf das Studienfach bezogene berufliche Tätigkeit angemessen berücksichtigen.

F.D.P.: Notprogramm und Studienprogramm verzahnen

Der F.D.P.-Abgeordnete Heinz erklärt:

1. Eine einleuchtende, begründete und gerechtere Alternative zum Abitur gibt es nicht. Vor allem ist nicht zu erkennen, daß eine Hochschuleingangsprüfung zu gerechteren Ergebnissen und zu einer Milderung des Numerus clausus führen könnte.

2. Die Zuteilung der Studienplätze nach dem Notendurchschnitt des Abiturs (dessen Aussagekraft für die einzelnen Studienrichtungen äußerst fragwürdig ist) ist ungerecht. Deshalb müssen die Einzelnoten des Abiturs nach ihrer Bedeutung für die vom Studienbewerber gewünschte Fachrichtung gewichtet werden, um auch einseitig Begabten ihre Chance zu geben.

3. Neben den gewichteten Abiturnoten müssen studienfachrelevante Leistungen aus der außeruniversitären Berufsausbildung einbezogen werden.

4. Die Hochschulen müssen ihre Kapazitätenreserven vollständig ausnutzen. Schwerpunktuntersuchungen der Landesrechnungshöfe belegen dies.

Dieses Notprogramm kann nur durch eine kurzfristige Änderung des Staatsvertrages über die Studienplatzvergabe oder durch ein Bundesgesetz verwirklicht werden. Erst mittelfristig können folgende Maßnahmen greifen:

1. Die Studienreform muß unter anderem allen Studierenden den Abschluß in einer vertretbaren Zeit (6 bis 8 Semester) ermöglichen; durch Entlastung der Stoffpläne, durch intensive Studienberatung, durch das Angebot von Studienplänen können erhebliche zusätzliche Kapazitäten ohne weiteren Ausbau der Hochschule erschlossen werden.

2. Die fast ausschließliche Ausrichtung des Abiturs auf die Hochschulen muß erweitert werden, indem es auch „berufsverwertbar“ gemacht wird. Ansätze gibt es nur im Kollegsulversuch.

Bis zur Lösung dieses Problems bleibt den Abiturienten als einzige attraktive Alternative zum Hochschulstudium der gehobene Dienst der öffentlichen Verwaltung. Hier ist die öffentliche Hand gefordert.

Porträt

Wegen einer Wahlrede vor dem Rathaus von Paderborn mußte sich der SPD-Landtagsabgeordnete Aloys Schwarze 1958 gegenüber dem Bonner Parteivorstand verantworten. Der praktizierende Katholik hatte dem Marxismus eine Absage erteilt – zu einer Zeit, da das Godesberger Programm in der Sozialdemokratie das Verhältnis zu den Katholiken noch nicht neu bestimmt hatte.

Im Spannungsverhältnis zwischen der Zugehörigkeit zur SPD und dem Bekenntnis zum katholischen Glauben war der junge Abgeordnete vom „Stalingrad-Jahrgang“ (1921 geboren) aufgewachsen. Schon sein Vater war in der Erzbischöfsstadt Paderborn vor 1933 Sozialdemokrat und aktives Mitglied seiner Kirche zugleich gewesen. Daß er selbst für seine Partei mit Mut und konsequentem Einsatz ein neues Verhältnis zur katholischen Kirche in seinem politischen Arbeitsbereich mitgeschaffen hat, das würde der zurückhaltende Aloys Schwarze von sich selbst kaum behaupten. Führende Geistliche des Paderborner Erzbistums sind da weit eher bereit, seinen Bemühungen ihren Respekt zu zollen.

Seit Schwarze 1956 mit 34 Jahren als jüngster Abgeordneter über die Reserveliste in den Landtag von Nordrhein-Westfalen „nachrückte“, hat er dem Landtag angehört – mit zwei kurzen Unterbrechungen nach Wahlen, bis jeweils sein ostwestfälischer Listenplatz zum Nachrücken dran war. Seine journalistische Tätigkeit als Leiter der Paderborner Bezirksredaktion der „Neuen Freien Presse“ (heute „Neue Westfälische“) hat er in all diesen Jahren beibehalten. Trotz der Doppelbelastung wurde er in der vorletzten Wahlperiode sogar als Nichtjurist zum Vorsitzenden des Justizausschusses gewählt.

Seine Ausbildung nach der Heimkehr aus Kriegsgefangenschaft in Italien hatte Schwarze in Bielefeld erhalten. Schreibtisch an Schreibtisch Carl Severing gegenüber, dem früheren preußischen und Reichsinnenminister in der Zeit der Weimarer Republik. Als Chefredakteur einer zunächst nur zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitung hatte Severing viel Zeit, seinen einzigen Volontär Leitartikel „zur Probe“ schreiben zu lassen und ihn in die Politik einzuführen. Für das eigentlich angepeilte Hochschulstudium hatte Schwarze in den Nachkriegsjahren keinen freien Studienplatz finden können. Schließlich ging er nach Frankfurt, um sich eine Weile fremden Wind um die



Aloys Schwarze (SPD)

Nase wehen zu lassen, ehe er als Redakteur ins heimliche Paderborn zurückging.

Mit der Wahl in den Stadtrat kam 1953 der erste Schritt in die Politik selbst. Daß die Partei ihn dann bald in den Landtag schickte, daß er immer neue Aufgaben erhielt – Aloys Schwarze hat dies alles so akzeptiert, wie es der strengen preußischen Pflichterfüllung seines Lehrmeisters Severing entsprochen hätte. Zum politischen Kern der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf hat er schon bald gehört. Nach 19 Jahren, in denen er im Landtag mit Sachverstand und Überzeugungstreue gelegentlich auch gegenüber den Wünschen der eigenen Parteifreunde unnachgiebig gewirkt hat, will Aloys Schwarze zur Neuwahl am 4. Mai 1975 nicht mehr kandidieren.

„Ich habe es meiner Familie versprochen, daß ich es nun nicht noch einmal tue“, sagt Schwarze. „Die Belastung ist zu groß geworden, man kann heute nicht mehr Abgeordneter sein und das mit einem vollen Beruf vereinbaren.“ Sein Sohn ist Jurastudent, die Tochter steht vor dem Abitur. Der Abgeordnete aus Paderborn weiß, daß er sich oft kaum ausreichend hat um seine Kinder kümmern können, „ein wenig Hilfestellung brauchen sie vielleicht noch“.

Aber es ist nicht nur die Familie, nicht nur die physische Belastung des Landesparlamentariers, der allwöchentlich für mehrere Tage aus einem der entferntesten Landesteile nach Düsseldorf fahren muß. „Es sind Jüngere da, die sich rechtzeitig in diese Aufgabe einarbeiten müssen.“ Und ein wenig stolz ist er darauf, daß es in seinem Partei-Unterbezirk kein Juso-Problem gibt, weil er auch dort dafür gesorgt hat, daß die nächste Generation in die Verantwortung aufrückt.

Peter Weigert